

KOMPETENZ

2 / 2025

MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT GPA

Solidarität



Gewerkschaft hilft bei Insolvenz S.6

Betriebsratsporträt: Bank Austria S.12

Tipps für die Urlaubsplanung S.14



Martina Frühwirth (rechts) hat mit Unterstützung von Nicole Purgar (links) von der Rechtsabteilung der GPA OÖ erreicht, dass ihre Arbeit als OP-Schwester als Schwerarbeit anerkannt wird.

GPA erkämpft Schwerarbeitspension

Eine Krankenpflegerin hat mit Unterstützung der GPA Oberösterreich und detaillierten Gutachten vor Gericht erreicht, dass die körperlich und geistig herausfordernde Arbeit, die sie im Operationsaal des Unfallkrankenhauses Linz leistet, als Schwerarbeit anerkannt wird. Die Kollegin kann nun mit 61,5 Jahren den Ruhestand antreten.

Martina Frühwirth ist seit 1989 als diplomierte Gesundheits- und Krankenschwester im Unfallkrankenhaus Linz, seit Mitte der 90er Jahre als Operationsschwester tätig. Im Mai 2023 hat die Rechtschutzabteilung der GPA ÖO die Klage eingebracht. Nicole Purgar und ihre Kolleg:innen von der GPA Oberösterreich waren der Meinung, dass „die konkret zu verrichtende Tätigkeit, die insbesondere durch das Heben und Tragen der teilweise mehr als 20 Kilogramm schweren Container mit Instrumenten und Implantaten, das Schieben und Ziehen schwerer Implantate- und Transportwagen als anstrengende körperliche Arbeit im Sinne der Schwerarbeitsverordnung anzuerkennen gewesen wären.“

Beitrag weiter lesen:

➔ https://s.gpa.at/kompetenz_op



PETITION FÜR DIE SALZBURGER KINDER- UND JUGENDHILFE

Mehr als 9.000 Unterschriften gesammelt!

Die Salzburger Landesregierung plant, eine Million Euro in der Salzburger Kinder- und Jugendhilfe einzusparen. Dazu sollen die Tagessätze um lediglich 2 Prozent erhöht werden. Die Einrichtungen müssen aber derzeit Kostensteigerungen von 3,86 Prozent stemmen. Das bedeutet eine Unterfinanzierung der Einrichtungen und führt zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Betreuungsqualität sowie der Arbeitsbedingungen. Die geplanten Einsparungen verbauen zudem die Chancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen auf ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben.

Gemeinsam mit Betriebsrät:innen der betroffenen Einrichtungen haben wir daher eine Petition gestartet und fordern die sofortige Rücknahme der geplanten Einsparungen in der Kinder- und Jugendhilfe. Mehr als 9.000 Menschen haben die Petition unterstützt. Am 19. März 2025 werden die Unterschriften an Landeshauptmann Wilfried Haslauer übergeben.

Schnelle Hilfe bei Diskriminierung

Wer Diskriminierung erlebt, steht oft vor vielen Fragen: Welche Rechte habe ich? Wer kann mir helfen? Die Digitale Erstberatung der Gleichbehandlungsanwaltschaft ist eine einfache und schnelle Möglichkeit, eine erste rechtliche Einschätzung zu erhalten – ganz ohne langwierige Recherchen.

Zur Beratung: ➔ <https://s.gpa.at/diskriminierung>



BRING DICH EIN BEI DEN

GPA-Interessengemeinschaften

Du möchtest dich für die Anliegen deiner Berufsgruppe einsetzen und gemeinsam mit Kolleg:innen spannende Projekte umsetzen? Die Mitglieder der Interessengemeinschaften wählen ihre neuen Ausschüsse. Du kannst selbst aktiv die Gewerkschaftsarbeit mitgestalten und kandidieren!

Themen wie Dienstreisen, Kilometergeld, künstliche Intelligenz oder atypische Beschäftigung betreffen nicht nur einzelne Branchen. Daher verbinden die Interessengemeinschaften (IG) in der Gewerkschaft GPA Menschen mit ähnlichen Berufsmerkmalen, um Erfahrungen auszutauschen, Netzwerke zu knüpfen und gemeinsame Interessen durchzusetzen. Anders als in der sonst üblichen gewerkschaftlichen Arbeit, wo ganze Betriebe organisiert werden, fußen die IGs auf der Idee von branchenübergreifenden Anliegen und auf beruflichen Identitäten.

Wie das funktioniert? Jede Interessengemeinschaft trifft sich in eigenen Arbeitsgruppen und setzt sich inhaltliche Ziele. Im kommenden Frühjahr wählen die Mitglieder ihre neue IG-Vertretung: Start ist im März mit der offiziellen Suche nach Kandidat:innen, gewählt wird von Mitte April bis Mitte Mai.

Mehr Infos unter: www.gpa.at/interesse



Das Wiener Allgemeine Krankenhaus hat es auf Platz 27 der weltbesten Krankenhäuser geschafft.

ÖSTERREICH AUF SPITZENPLATZ

Weltbeste Krankenhäuser

Österreich hat sich im Jahr 2025 einen Spitzenplatz unter den weltbesten Krankenhäusern gesichert.

Das US-amerikanische Nachrichtenmagazin Newsweek und Statista veröffentlichen jährlich eine Liste der „World’s Best Hospitals“. Dabei werden die besten Krankenhäuser weltweit und nach Ländern aufgeteilt, darunter auch Österreich.

Österreichs Krankenhäuser konnten auch dieses Jahr wieder mehrere Spitzenplätze erreichen. Unter den österreichischen Krankenhäusern, die im Ranking der weltbesten Krankenhäuser 2025 hervorgehoben werden, sind das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Wien (AKH) mit Platz 27, das Universitätsklinikum Graz und das Landeskrankenhaus Innsbruck. Darüber hinaus sind auch das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Linz und das Universitätsklinikum Salzburg auf der Liste vertreten.

Die Auswahl der Länder basiert auf mehreren Vergleichsfaktoren wie Lebensstandard, Lebenserwartung, Bevölkerungsgröße, Anzahl der Krankenhäuser und Datenverfügbarkeit. Das Ranking basiert auf einem umfassenden Bewertungsprozess, der eine Umfrage von tausenden medizinischen Expert:innen, Patient:innenerfahrungsdaten, Krankenhausqualitätsmetriken und weitere Parameter umfasst.



©RAWPIXEL.COM, ADOBE STOCK



Sicher mit der Gewerkschaft

AMELA MURATOVIC
CHEFIN VOM DIENST | Solidarität
MARTIN PANHOLZER
CHEFREDAKTION | GPA

In einer Phase, die von großer wirtschaftlicher und politischer Instabilität geprägt ist, ist es wichtig, dass es Institutionen gibt, auf die man sich verlassen kann. Eine davon ist die Gewerkschaftsbewegung. Wie wichtig Gewerkschaftsarbeit konkret für die Beschäftigten ist, zeigen wir aktuell am Beispiel Insolvenzen in unserer Titelgeschichte auf.

Seit März regiert in Österreich eine Dreierkoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS. Ihr Programm verspricht einiges für Arbeitnehmer:innen, zum Beispiel Entlastungen für Mieter:innen, Fortschritte im Gesundheitswesen und wichtige Impulse für die Wirtschaft. Außerdem sollen Pflegekräfte endlich die Anerkennung erhalten, die sie verdienen.

Und: Sozialpartner und Betriebsrät:innen sollen in verschiedene Vorhaben eingebunden werden. Das ist wichtig, schließlich wissen Betriebsrät:innen, wo der Schuh im Arbeitsalltag drückt, und setzen sich mit der Gewerkschaft für bessere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung ein.

Mehr zum Thema Insolvenzen findest du auf Seite 6. Eine Analyse des Regierungsprogramms kannst du auf Seite 10 nachlesen.

Viel Spaß beim Lesen!



Coverstory 6
Wie die Gewerkschaft Beschäftigte bei einer Insolvenz schützt

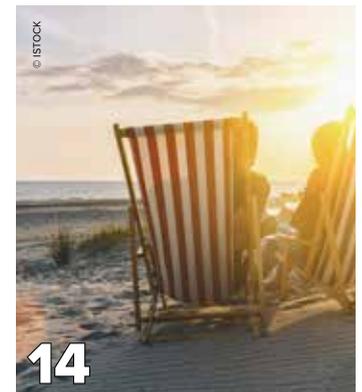
Neue Bundesregierung 10
Was Beschäftigte erwarten können

Betriebsrat 12
Bank Austria

Wichtige Tipps zur 14
Urlaubsplanung

Ein starkes Team 16
ÖGB und Betriebsrat

Studie der JKU 18
Nein zur Sonntagsöffnung



Fake-Shop Detector 19
Schutz vor Web-Betrug

Superreiche 20
Oxfam-Bericht

Steuerausgleich 22
Die besten Tipps

Betriebsrat 24
ORF-Hörfunkdirektion

Wohnbauvereinigung 26
Quartier Bienvenue

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; GPA, 1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1 MEDIENINHABER Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39813, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at HERSTELLER Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21 VERLAGSORT Wien HERSTELLUNGSORT Neudörfel KAUFMÄNNISCHE LEITUNG Christoph Höllriegl REDAKTIONELLE LEITUNG Martin Panholzer (CR), Amela Muratovic (CvD), Pauline Pfann, Lucia Bauer, Tizian Rupp AUTOR:INNEN Michael Gogola, Barbara Lavaud, Peter Leinfellner, Robin Perner, Andrea Rogy, Christian Swoboda, Eva Wanka, Alexia Weiss, ART DIRECTOR Mirella Karoly LAYOUT Johannes Loibenböck, ANZEIGEN Thomas Aichelburg-Rumerskirch, t.aichelburg@brandcom.at, Christoph Höllriegl, soli@oegb.at SEKRETARIAT Sonja Adler LESERBRIEFE (GPA) i-media@gpa.at REDAKTIONSDRESSE ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli; GPA, 1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel.: 050301, E-Mail: service@gpa.at OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ, § 25: www.gpa.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Gewerkschaft GPA erkämpfte 2024 über **133 Millionen Euro** für ihre Mitglieder

Sozialpläne
106 Millionen Euro

Gerichtliche Urteile
4 Millionen Euro

Gerichtliche Vergleiche
1,3 Millionen Euro

**Interventionen und
außergerichtliche Vergleiche**
21 Millionen Euro



© ISTOCK

Durch den Rechtsschutz konnten wir im Jahr 2024 über 133 Millionen Euro für unsere Mitglieder erkämpfen. Das sind um fast 15 Millionen mehr als im Jahr 2023. Allein in 29 verhandelten Sozialplänen wurden über 106 Millionen Euro erreicht.

„Natürlich ist es nicht erfreulich, dass so viele Sozialpläne erforderlich waren, denn das bedeutet, dass viele Betriebe mit Problemen kämpfen und im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen häufig Arbeitsplätze verloren gehen. Andererseits können im Sozialplan geregelte Maßnahmen die Nachteile für betroffene Kolleginnen und Kollegen zumindest mildern“, so der stv. Bundesgeschäftsführer der Gewerkschaft GPA, Markus Hiesberger.

Maßnahmen im Rahmen von Sozialplänen sind z.B. freiwillige Abfertigungen, Überbrückungshilfen, der Ersatz von Umschulungs-, Bewerbungs- und Ausbildungskosten oder die Errichtung einer Arbeitsstiftung. Neben den Sozialplänen wurden über 4 Millionen Euro durch gerichtliche Urteile, 1,3 Millionen Euro über gerichtliche Vergleiche und über 21 Millionen Euro durch Interventionen und außergerichtliche Vergleiche erreicht. Durch das Engagement und die fachkundige Beratung der Gewerkschaft GPA konnten 561 Fälle schon im Vorfeld eines Gerichtsverfahrens zur Zufriedenheit der Mitglieder erledigt werden.

Insolvenz: Wie die Gewerkschaft Beschäftigten hilft

Neben Kika/Leiner ist mit Palmers ein weiteres österreichisches Traditionsunternehmen insolvent. Über 500 Beschäftigte sind betroffen.

Kika/Leiner, KTM, Palmers – in den vergangenen Monaten prägten große Insolvenzen die Schlagzeilen. Was bedeutet das für die Beschäftigten? Mit welchen Herausforderungen waren sie konfrontiert, was konnte die Gewerkschaft GPA für sie erreichen?

Von einem Tag auf den anderen steht die Zukunft auf dem Spiel: Wenn der Arbeitgeber Insolvenz anmeldet, bedeutet das für die Beschäftigten existenzielle Unsicherheit. Was passiert mit den ausstehenden Gehältern? Gibt es Chancen auf Weiterbeschäftigung? In einer solchen Krise ist die Gewerkschaft eine wichtige Stütze. Sie kämpft für die Rechte der Betroffenen, sichert Ansprüche und setzt sich für Arbeitsstiftungen ein.

Ende November des Vorjahres meldete der KTM-Konzern in Mattighofen Insolvenz an, betroffen sind rund 3.700 Beschäftigte. „Unsere wichtigste Botschaft an die Beschäftigten im Moment der Insolvenz war: Unterschreibt nichts und lasst euch nicht zu einer vorzeitigen Beendigung eures Arbeitsverhältnisses drängen!“ berichtet der Geschäftsführer der GPA OÖ, Wolfgang Gerstmayer.

Bei allen Betriebsversammlungen war die Gewerkschaft GPA gemeinsam mit der Arbeiterkammer vor Ort. Gerstmayer: „Wir haben die Mitarbeiter:innen begleitet und insbesondere die Dienstverträge genau analysiert, um zu verhindern, dass Beschäftigte ihre Ansprüche verlieren.“ Auch das AMS war mit an Bord, ebenso die Gewerkschaft PRO-GE. „Durch diese Zusammenarbeit können wir die Menschen wirklich rundum und engmaschig betreuen.“

Obwohl KTM ursprünglich angekündigt hatte, die ausstehenden Gehälter und Ansprüche begleichen zu können, musste der Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) einspringen. „Industrielle – darunter KTM-Chef Stefan Pierer – fordern von der Politik eine Senkung der Lohnnebenkosten, können aber im Ernstfall die Gehälter nicht zahlen“, kritisiert die Vorsitzende der Gewerkschaft GPA, Barbara Teiber, „Ohne den Insolvenzfonds, der genau aus diesen Lohnnebenkosten finanziert wird, hätten die Beschäftigten monatelang kein Gehalt bekommen.“ Nach langer Unsicherheit haben

„Unsere wichtigste Botschaft an die Beschäftigten im Moment der Insolvenz war: Unterschreibt nichts und lasst euch nicht zu einer vorzeitigen Beendigung eures Arbeitsverhältnisses drängen!“

WOLFGANG GERSTMAYER
GESCHÄFTSFÜHRER DER GPA OBERÖSTERREICH

die Gläubiger dem Sanierungsplan schließlich zugestimmt, sodass KTM die Produktion wieder aufnehmen kann. Dennoch wurden 550 Beschäftigte beim Frühwarnsystem des AMS gemeldet. Eine Arbeitsstiftung wurde eingerichtet. Diese richtet sich speziell an die Arbeitnehmer:innen des KTM-Konzerns, „aber sie steht auch jenen offen, die von Folgeinsolvenzen betroffen sind“, hebt Gerstmayer hervor.

Arbeitsstiftung

Auch Michael Pieber, Geschäftsführer der GPA Niederösterreich, macht sich entschlossen für Arbeitsstiftungen stark. Als das Traditionsmöbelhaus kika/Leiner mit Stammsitz in St. Pölten im November 2024 zum zweiten mal Insolvenz anmelden musste und eine Sanierung nicht möglich war, kam es zum Konkurs. 1.350 Beschäftigte in ganz Österreich – davon 600 in NÖ – verlieren ihren Arbeitsplatz. Pieber: „Wir wussten, dass wir unbedingt eine Arbeitsstiftung brauchen, denn das ist die beste Unterstützung für die Betroffenen, um wieder eine berufliche Perspektive zu finden.“

Um eine drohende Langzeitarbeitslosigkeit, besonders bei älteren Arbeitnehmer:innen abzuwenden, ist es wichtig, den Beschäftigten Schulungen, Unterstützung und Weiterbildung anzubieten. „Eine Arbeitsstiftung ist ein Gamechanger! Denn von der Computerschulung bis hin zum Berufswechsel ist dort alles möglich. Wichtig ist, dass das Angebot der Stiftung zu den Menschen passt“, ist Pieber überzeugt.

„Eine Arbeitsstiftung ist ein Gamechanger! Denn von der Computerschulung bis hin zum Berufswechsel ist dort alles möglich. Wichtig ist, dass das Angebot der Stiftung zu den Menschen passt.“

MICHAEL PIEBER
GESCHÄFTSFÜHRER DER GPA NIEDERÖSTERREICH

Eine Stiftung, so betont auch Barbara Teiber, ist keine nachträgliche Investition. Vielmehr haben die Menschen jahrelang Beiträge eingezahlt, um im Ernstfall Unterstützung zu erhalten. „Die Beschäftigten haben über Jahre – manche sogar jahrzehntelang – Sozialabgaben geleistet. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem sie ihre Rechte in Anspruch nehmen können. Vor allem für ältere Arbeitnehmer:innen ist Weiterbildung essenziell, um Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern.“

Landesstiftung in NÖ gefordert

Die Gewerkschaft GPA fordert in Niederösterreich schon seit Jahren eine permanente Arbeitsstiftung des Landes. Doch die Landesregierung war nicht bereit, dafür finanzielle Mittel bereitzustellen, kritisiert Michael Pieber: „Deshalb sind wir an die Öffentlichkeit gegangen und haben eine Petition gestartet – mit Erfolg: Wir konnten über 3.000 Unterschriften sammeln.“

Neben Kika/Leiner geriet auch Palmers, ein weiteres österreichisches Traditionsunternehmen, in die Insolvenz. Mit über 500 Beschäftigten in mehr als 100 Filialen hat das Unternehmen ein Sanierungsverfahren in Eigenverwaltung eingeleitet. „Leider werden österreichweit 36 Filialen geschlossen. Wir werden gemeinsam mit dem Betriebsrat die Beschäftigten bestmöglich unterstützen, um eine sozial verträgliche Lösung bzw. Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung im Unternehmen zu finden“, betont Pieber.

Vorsitzende Teiber plädiert für permanente Stiftungen in allen Bundesländern, nach dem Vorbild des waff in Wien:

„Der waff kümmert sich darum, den Betroffenen nach einer Insolvenz ein passendes Angebot für den beruflichen Neustart zu machen. Man hilft dort den Menschen, rasch wieder eine Beschäftigung zu finden und es werden gleichzeitig dringend benötigte Fachkräfte ausgebildet. Der waff ist ein Sicherheitsnetz, das die Menschen auffängt!“

„Ein bestehender Betriebsrat sorgt dafür, dass alle Beschäftigten direkten Zugang zu Informationen haben.“

GÜNTHER MUHRER
GPA-SEKRETÄR IN KÄRNTEN

Veränderungen im Handel

Sind Handelsunternehmen besonders von Insolvenzen betroffen? Günther Muhrer, GPA-Sekretär in Kärnten, betreut in seiner Region den Handel und beobachtet eine Strukturereinigung: „Wir haben zahlreiche Shoppingcenter, doch der Trend geht immer stärker in Richtung Onlinehandel, das gefährdet Jobs“, berichtet Muhrer aus der Praxis. „Wir zeigen den Beschäftigten auch alternative Perspektiven

am Arbeitsmarkt auf.“ Aus Sicht von Muhrer ist ein fest verankerter Betriebsrat in Krisenzeiten entscheidend. Ein solcher sollte nicht erst kurz vor einer Insolvenz gegründet werden, dann ist es meist zu spät. „Ein bestehender Betriebsrat sorgt dafür, dass alle Beschäftigten direkten Zugang zu Informationen haben, besser in den Prozess eingebunden sind und eine Vertrauensbasis besteht. Wer gut informiert ist, hat in schwierigen Zeiten weniger Angst“, betont Muhrer. In Kärnten gibt es übrigens eine offene Arbeitsstiftung des Landes, die Betroffene im Falle eines Arbeitsplatzverlustes unterstützt.

„Die Reform des Insolvenzrechts im Jahr 2021 macht es Arbeitgebern zu einfach, sich ihrer Schulden zu entledigen.“

MARCEL GILLY
GESCHÄFTSFÜHRER DER GPA VORARLBERG

In Krisenzeiten ist neben dem Betriebsrat auch ein starker Kollektivvertrag von großer Bedeutung: „Die langjährigen Beschäftigten bei kika/Leiner profitieren von langen Kündi-

Du bist von Insolvenz betroffen?

Das gilt für dich:

- Die Insolvenz **beendet nicht automatisch dein Arbeitsverhältnis!** Du musst also weiterhin wie gewohnt zur Arbeit gehen.
- Ganz wichtig: **Unterschreibe keine einvernehmliche Auflösung** deines Dienstverhältnisses, bevor du nicht mit unseren Expert:innen für Arbeitsrecht gesprochen hast!
- Auch wenn du den **Arbeitgeber wechseln** willst, lass dich vorher beraten. Bei Insolvenz gelten besondere Bestimmungen, wenn du aus dem Unternehmen austrittst.
- Wenn du **Urlaub vereinbart** hast, darfst du ihn konsumieren. Wenn du erst jetzt Urlaub nehmen möchtest, musst du das mit dem/der Masseverwalter:in ausmachen.
- Der **Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF)** stellt sicher, dass die Gehälter der Beschäftigten bei einer Insolvenz weiter bezahlt werden. Deine Ansprüche bei einer Beendigung des Arbeitsverhältnisses - z.B. **Kündigungsschädigung, Urlaubersatzleistung**, etc. - sind durch den IEF gesichert!

➔ Mehr zum Thema Insolvenz:
https://s.gpa.at/kompetenz_insolvenz





GPA-Vorsitzende Barbara Teiber ist überzeugt, dass die Koalitionsparteien mit der besseren Finanzierung des AMS einen wichtigen Schritt gesetzt haben.

gungsfristen, sie können nur quartalsweise gekündigt werden“, weiß Pieber, „Das verschafft uns als Gewerkschaft wertvolle Zeit, um sie bestmöglich zu unterstützen.“

Industrie: Folgeinsolvenzen

Was Wolfgang Gerstmayer in Oberösterreich noch Sorgen bereitet sind die Folgeinsolvenzen. Auch die Zulieferbe-

„Ohne Insolvenzentgeltfonds, der aus Lohnnebenkosten finanziert wird, hätten die Beschäftigten kein Gehalt bekommen.“

BARBARA TEIBER
VORSITZENDE DER GEWERKSCHAFT GPA

triebe des KTM-Konzerns sind in Schwierigkeiten gekommen. Schätzungen zufolge könnten insgesamt 1.600 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. „Darunter sind auch Betriebe ohne Betriebsrat, das erschwert unsere gewerkschaftliche Arbeit erheblich“, so Gerstmayer.

Ähnliches beobachtet auch Marcel Gilly, Geschäftsführer der GPA Vorarlberg. Die Insolvenz und anschließende Sanierung des Motorteileproduzenten Elko König in Rankweil (320 Beschäftigte) hat zahlreiche Zulieferbetriebe hart getroffen. Gilly kritisiert, dass die Reform des Insolvenzrechts im Jahr 2021 es Arbeitgebern zu einfach mache, sich ihrer

Schulden zu entledigen. Die Leidtragenden seien oft die Gläubiger, die auf einem Großteil ihrer Forderungen sitzen bleiben. Die Folgeinsolvenzen und der Verlust von Arbeitsplätzen in der Region treffen letztlich wiederum die Arbeitnehmer:innen.

Gezielt gegensteuern

Müssen wir mit weiteren Insolvenzen rechnen? „Während der Pandemie wurden viele Unternehmen durch staatliche Förderungen gestützt. Jetzt kehren wir zur wirtschaftlichen Dynamik von vor Corona zurück“, erklärt Gerstmayer. Auch Michael Pieber sieht darin eine weitgehend normale Entwicklung: „Die Arbeitswelt ist in Bewegung. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, wie sie die neue Regierung anstrebt, kann hier gezielt gegensteuern.“

GPA-Chefin Barbara Teiber hebt hervor, dass der Arbeitsmarktteil des neuen Regierungsprogramms die richtige Richtung vorgibt: „Die Koalitionsparteien haben mit der besseren Finanzierung des AMS einen wichtigen Schritt gesetzt. Angesichts der Insolvenzen und der angespannten Lage am Arbeitsmarkt ist mehr Geld für Qualifizierung der Schlüssel zu mehr Jobsicherheit!“

Barbara Lavaud

Neue Regierung, neue Chancen

Bankenabgabe, leistbares Wohnen, neue Jobs und bessere Gesundheitsversorgung – die neue Regierung hat ihr Programm vorgestellt. Trotz einiger kritischer Punkte sieht der ÖGB viele gute Ansätze.

Seit März ist es fix: Österreich hat eine neue Regierung, bestehend aus ÖVP, SPÖ und NEOS. Auf diese warten nun große Herausforderungen. Geplant sind etwa eine Budgetkonsolidierung, Maßnahmen gegen die Teuerung sowie Offensiven für Beschäftigung.

Trotz einiger kritischer Punkte zeigt sich der ÖGB insgesamt optimistisch. „Das geplante Konjunkturpaket ist ein erster wichtiger Schritt. Das gibt Beschäftigten und Unternehmen die Sicherheit, die sie jetzt brauchen“, sagt ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. Weitergearbeitet werden müsse aber noch an einer längerfristigen Strategie für Standort und Beschäftigung. „Viele notwendige Maßnahmen hat der ÖGB schon in seinem 10-Punkte-Plan vorgestellt“, betont Katzian. Fort-

schritte sieht er auch bei der Budgetkonsolidierung. Wesentliche Punkte im Interesse der Arbeitnehmer:innen wurden neu ausverhandelt: Banken und Energieunternehmen, die in den letzten Jahren hohe Gewinne gemacht haben, sollen nun zur Kasse gebeten werden.

Arbeitssuchende: Mehr Jobs und Hilfe

Die Regierung will außerdem das AMS besser ausstatten und beispielsweise mit der „Aktion 55 Plus“ gezielt Langzeitarbeitslosen helfen. Angesichts zahlreicher Insolvenzen und der immer angespannteren Lage auf dem Arbeitsmarkt ist das besonders wichtig. Gleichzeitig sollen ältere Arbeitnehmer:innen besser unterstützt und der Pflegeberuf als Schwerarbeit anerkannt werden. „Pflegekräfte können so früher

in Pension gehen. Das war eine unserer Forderungen – gut, dass sie jetzt umgesetzt wird“, sagt Katzian.

Die Budgetkonsolidierung hinterlässt aber auch ihre Spuren – ein Wermutstropfen bleibt: Die geplanten Verschärfungen bei der Korridorpension sind nicht das, was der ÖGB wollte. Aber: Das Regelpensionsalter bleibt gleich und Pensionist:innen müssen keine Kürzungen bei der Anpassung ihrer Pension befürchten.



© ÖGB/JULIANA KRAUSHOFFER



© David Vrájic

Gewerkschafterin Korinna Schumann ist neue Arbeits- und Sozialministerin

Mit Korinna Schumann übernimmt eine leidenschaftliche Kämpferin für Arbeitnehmer:innenrechte eine zentrale Aufgabe in der neuen Bundesregierung. Die langjährige ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende wechselte als Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz ins Sozialministerium – eine Aufgabe, für die sie bestens gerüstet ist.

Schumann kennt das Ministerium seit vielen Jahren aus ihrer Tätigkeit als Personalvertreterin und bringt nicht nur Erfahrung, sondern auch Herz und Überzeugung für soziale Gerechtigkeit mit. Ihr unermüdlicher Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen und faire Einkommen hat sie stets ausgezeichnet.

Das große Interview
mit Korinna Schumann
gibt es in der nächsten
Ausgabe.

Auf einen Blick: Die wichtigsten Maßnahmen

Budgetkonsolidierung

- › **Bankenabgabe:** 1 Milliarde Euro in den nächsten zwei Jahren
- › **Energieunternehmen:** etwa 200 Millionen Euro pro Jahr

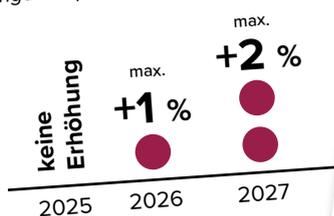
Konjunkturpaket

- › Standortpaket
- › Schnellere Genehmigungen für den Ausbau der Energienetze

Mietpreisbremse neu

Kategoriemieten, Richtwertmieten und Mieten:

Angaben pro Jahr für alle Wohnungen



Offensiven für Beschäftigung

- › AMS bekommt mehr Geld für Job-Programme und Fachkräfteoffensive: 230 Millionen Euro
- › Aktion 55 Plus für Langzeitarbeitslose Ausbildung von Elementarpädagog:innen

Bessere Gesundheitsversorgung

- › Ausbau von Primärversorgungseinheiten, um Wartezeiten zu verkürzen
- › Neue Zentren für chronisch Kranke (z. B. Diabeteszentren)
- › Mehr Angebote für die psychische Gesundheit
- › Telemedizin wird ausgebaut – z.B. mehr Online-Termine
- › Ausbau von Kinder-Primärversorgungseinheiten

Neue Mietpreisbremse kommt

Ein weiteres zentrales Thema der Dreierkoalition ist Wohnen. 2025 dürfen Mieten im Alt- und Gemeindebau sowie bei Genossenschaftswohnungen nicht steigen. Ab 2026 gibt es eine klare Begrenzung. Damit wurde eine Forderung des ÖGB umgesetzt. „Ohne den heurigen Stopp wären die Mieten zwischen drei und leicht über vier Prozent gestiegen“, sagt ÖGB-Expertin Angela Pfister. Gleichzeitig braucht es aber eine effektive Mietpreisbremse auch für Neubaumieten, sagt sie. Leider dürfte diese erst ab 2028 kommen.

Paket für Kindergesundheit kommt

Auch in der Gesundheitspolitik sind Neuerungen geplant. Die Wartezeiten bei Ärzt:innen und Ärzten sollen kürzer und digitale Services weiter-

entwickelt werden. Besonders wichtig ist auch das geplante Kindergesundheitspaket.

Arbeitszeitverkürzung auf dem Prüfstand

Die Regierung plant Pilotprojekte zur Vier-Tage-Woche. Diese sollen gemeinsam mit dem Betriebsrat umgesetzt werden. Für Zuversicht sorgt außerdem auch die Zusage, dass die Sozialpartner viele Vorhaben mitgestalten werden, etwa die Erarbeitung einer Industriestrategie oder Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt betreffen. „Wir wissen, dass viel Arbeit vor uns liegt. Aber wir erledigen sie gerne – für gute Arbeitsbedingungen und ein gutes Leben für die Menschen in Österreich“, betont ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian.

Amela Muratovic

Online mehr lesen:

10-Punkte-Plan des ÖGB: oegb.at/10punkteplan

Regierungsprogramm - Ersteinschätzung und Factsheet zu Pensionen:

oegb.at/regierungsprogramm



© TINA SCHÖN

Endlich wichtige Impulse

ÖVP, SPÖ und NEOS haben sich auf ein Regierungsprogramm geeinigt. Besonders begrüßenswert ist, dass das Programm wichtige Impulse für die Wirtschaft enthält. Das geplante Konjunkturpaket wird Arbeitsplätze schaffen und gibt damit Beschäftigten und Unternehmen die Sicherheit und Zuversicht, die jetzt alle brauchen. Bei der Budgetsanierung ist es gelungen, auch die breiten Schultern an der Konsolidierung zu beteiligen – etwa durch eine Bankenabgabe. Außerdem werden auch die Energieunternehmen einen größeren Beitrag leisten.

Nicht alles an diesem Programm ist in unserem Sinne. Im Pensionsbereich hätten wir uns manches anders gewünscht. Doch die aktuelle Regierung hat das zuvor nach Brüssel geschickte Konsolidierungspaket geerbt. Wir sind froh, dass hier noch nachgebessert wurde, Entlastungsmaßnahmen gesetzt und vor allem die Finger von der Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters gelassen werden. Kompromiss ist eben ein anderes Wort für eine gemeinsame Lösung.

Die Sozialpartner werden Teil dieser Lösung sein, wir werden viele Vorhaben mitgestalten. Und: Wir beurteilen jede Bundesregierung danach, was sie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreicht, das wird auch diesmal nicht anders sein – jetzt muss diese Regierung zeigen, was sie kann!

WOLFGANG KATZIAN
ÖGB-PRÄSIDENT



Vorausschauende Übergabe

Der Vorsitzende des Zentralbetriebsrats der Bank Austria Adi Lehner (rechts) übergibt zu Jahresende den Vorsitz an Christoph Bures (links).

Adi Lehner engagiert sich seit fast 30 Jahren im Betriebsrat in der heutigen Bank Austria, seit 2014 ist er Vorsitzender des Zentralbetriebsrats. Noch heuer zu Jahresende will er sich aus dieser Funktion zurückziehen. Wichtig ist ihm nun eine kompetente und geordnete Übergabe. Christoph Bures ist daher schon seit längerem in alle Prozesse miteinbezogen und hat mit November 2024 den Vorsitz des Wiener Betriebsrats übernommen.

Veränderungen im Bankensektor

Im Bankensektor blieb in den vergangenen Jahrzehnten kein Stein auf dem anderen. Fusionen, Finanzkrise, Digitalisierung, Personalabbau: Adi Lehner blickt auf turbulente Jahre als Betriebsrat zurück. Froh ist er, dass in der heutigen Bank Austria die massive Reduktion an Mitarbeiter:innen so

erfolgt ist, „dass wir möglichst ohne betriebsbedingte Kündigungen ausgekommen sind“. Gelingen ist das mit „fairen Überbrückungslösungen in die Pension“, Nichtnachbesetzungen und der Einführung von flexiblen und unkonventionellen Arbeitszeitmodellen.

„Wir haben die Umstellung der Arbeitsweise von fixen Schreibtischen zu einem Desk-Sharing-Konzept durch eine schon damals sehr flexible Homeoffice-Vereinbarung unterstützt.“

ADI LEHNER
VORSITZENDER DES ZENTRALBETRIEBSRATS DER BANK AUSTRIA

Lehner erzählt aber auch von sehr schwierigen Phasen: da war einer-

seits die Abspaltung des Osteuropageschäfts. „Das war ein großer integrierter Teil in der Bank Austria und wir mussten arbeitsrechtliche Regelungen finden, damit sich die rund 600 davon betroffenen Mitarbeiter:innen nicht plötzlich in ganz anderen Vertragssituationen wiederfinden.“ Gelingen sei das schließlich, indem „alles auf Entsendungsbasis passiert ist“.

Pensionssystem neu

Da war andererseits die Überführung des Pensionssystems der Bank in das gesetzliche Pensionssystem. „Das hat bei den Mitarbeiter:innen große Emotionen ausgelöst“. Hier hat der Betriebsrat Abschlagszahlungen ausverhandelt, um Leistungsnachteile abzufedern. Herausfordernd sei aber auch die Umstellung der Arbeitsweise bei der Übersiedlung auf den Campus von fixen Schreibtischen zu einem

Desk-Sharing-Konzept gewesen. „Wir haben das durch eine schon damals sehr flexible Homeoffice-Vereinbarung unterstützt“, so Lehner.

Arbeitsverdichtung durch Digitalisierung

Aktuelle Herausforderungen seien die steigende Arbeitsverdichtung, die sich – auch durch die Digitalisierung – in immer schnellerem Tempo entwickle. Die Anforderungen würden durch immer komplexere regulatorische Vorgaben jährlich höher, der Personalstand deutlich geringer und auch moderne digitale Systeme würden nur teilweise Ausgleich schaffen.

Das führt zu stark veränderten Berufsbildern und dem Wegfall ganzer Tätigkeitsfelder bzw. auch zu Zentralisierungen im Konzern. Die Herausforderung dabei: Für Beschäftigte, deren Arbeitsfeld es nicht mehr gibt oder deren Berufsbild sich radikal ändert, neue Aufgaben im Unternehmen zu finden und durch strukturierte Begleitung zu unterstützen. Für viele der Betroffenen sei das belastend. „Wir sind auf einem guten Weg, bald eine Betriebsvereinbarung mit klarem Regelwerk dazu abschließen zu können“, sagt Lehner.

Geordnete Übergabe

Christoph Bures ist hier bereits federführend eingebunden. Er ist Wiener Betriebsratsvorsitzender und soll Adi Lehner noch heuer als Zentralbetriebsratsvorsitzender nachfolgen. Im Spätherbst finden in Wien, der größten Körperschaft der Bank Austria, Betriebsratswahlen statt. Dort wird sich Christoph Bures auch um das Vertrauen der Mitarbeiter:innen bemühen. Lehner ist es wichtig, dass die Übergabe mit allem Wissenstransfer, der hier nötig ist, gelingt. Sozialer Dialog und Mitbestimmung bedeute auch, auf Augenhöhe mit dem Management sprechen zu können. „Ich bin überzeugt, Christoph kann das jetzt schon.“

Von der Behindertenvertrauensperson zum Betriebsrat

Bures engagiert sich ebenfalls bereits seit vielen Jahren im Betriebsrat. Er ist derzeit auch Behindertenvertrauensperson. Als Herausforderung sieht er vor allem „die veränderten fachlichen und persönlichen Anforderungen an unsere Mitarbeiter:innen und den demografischen Wandel“. Es gelte, den Know-how-Transfer für die bestehenden und auch jüngeren Kolleg:innen sicherzustellen.

„Betriebsrat sein ist kein Job, es ist ein Beruf, in dem man Menschen mögen muss.“

CHRISTOPH BURES
VORSITZENDER DES WIENER BETRIEBSRATS DER BANK AUSTRIA

Ihm sind ein gerechtes, zukunftsorientiertes Arbeitsumfeld und Wertschätzung im Umgang miteinander wichtig. Bei Problemen müsse der Betriebsrat hinschauen, aufzeigen und Lösungen vorantreiben. Es gelte, aktiv Veränderungen mitzugestalten, sonst würden andere gestalten und man sei „Passagier“, ist Bures überzeugt. Gute Ausbildung einfordern, kreative Sozialleistungen mitgestalten, faire gehaltliche Entwicklungschancen sicherstellen und Betriebsrats-Veranstaltungen als „Klebstoff“ für gute Zusammenarbeit der Teams, das seien aktuell seine Schwerpunkte.

Auseinandersetzungen aushalten können

„Mitbestimmen als Betriebsrat heißt außerdem manchmal Auseinandersetzungen, die man aushalten muss“, betont Christoph Bures. Weiterhin betriebsbedingte Kündigungen vermeiden, einvernehmliche Lösungen und ein qualitativer Prozess des Re- und Upskillings seien ihm für die Zukunft wichtig.

Bures ist überzeugt, dass das persönliche Gespräch immer noch das wichtigste Tool ist. Homepage und Social Media seien nützlich, „aber wir müssen hinausgehen in die Abteilungen, in die Filialen, dorthin, wo die Menschen sind“. Der Jugend will er dabei klar kommunizieren, wie wichtig ein Betriebsrat, aber auch der Sozialstaat oder die Gewerkschaften sind. Und er möchte vermitteln, wie der Betriebsrat den Einzelnen am besten unterstützt: nicht in der Rolle als Postbote, der Probleme bei der übergeordneten Stelle vorträgt, „sondern mit Hilfe zur Selbsthilfe“. Sein Selbstverständnis: „Betriebsrat sein ist kein Job, es ist ein Beruf, in dem man Menschen mögen muss.“

Alexia Weiss

Zu den Personen:

Adi Lehner, geb. 1961, Studium der Betriebswirtschaft in Graz, 1987 in die Zentralsparkasse (inzwischen Bank Austria) eingetreten, 13 Jahre als Kreditprüfer tätig. Seit 1996 im Betriebsrat, ab Mitte 2000 freigestellt, 2012 Vorsitzender des Wiener Betriebsrats, seit 2014 Vorsitzender des Zentralbetriebsrats. Darüber hinaus zahlreiche Gewerkschaftsfunktionen, darunter Vorsitzender der GPA Land Wien. Lehner lebt in der Nähe von St. Pölten, ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder.

Christoph Bures, geb. 1979 in Wien, nach der Matura an einer Handelsakademie Einstieg als Kundenbetreuer im Filialvertrieb. Bald Leitungsfunktionen in den Bereichen Backoffice, Innovationsmanagement, später Recruiting. Schon früh in der Betriebsratsarbeit engagiert – mit einer Pause in den beruflichen Jahren im Personalbereich. Derzeit Vorsitzender des Wiener Betriebsrats. Bures lebt in Wien und ist verheiratet.

Ab in den Urlaub – aber was ist dabei zu beachten?

Langsam aber sicher rückt die warme Jahreszeit wieder näher und viele Beschäftigte freuen sich bereits auf ihren diesjährigen Urlaub. Auch Arbeitgeber:innen wollen die Sommermonate planen und fordern daher oft lange im Vorhinein Festlegungen bei den Urlaubsplänen. Aber was gilt in Bezug auf den Urlaub eigentlich und worauf haben Beschäftigte Anspruch? Geregelt sind diese Fragen und noch vieles mehr im Urlaubsgesetz (UrlG).

? Welches Urlaubsausmaß haben Arbeitnehmer:innen zur Verfügung?

Jeder/jede Beschäftigte hat Anspruch auf Urlaub im Ausmaß von 30 Werktagen (Montag bis Sams-

tag) bzw. 25 Arbeitstagen (Montag bis Freitag), also fünf Wochen pro Arbeitsjahr. Dieser Anspruch entsteht grundsätzlich mit Beginn des Arbeitsjahres. Bloß während der ersten sechs Monate nach Antritt einer Arbeitsstelle entsteht der Anspruch auf Urlaub im Verhältnis zur bereits zurückgelegten Dienstzeit und ist daher entsprechend kürzer. Nach Vollendung des 25. Dienstjahres beim/bei der selben Arbeitgeber:in erhöht sich der Anspruch auf 36 Werktagen bzw. 30 Arbeitstage, also sechs Wochen. Dabei können Vordienstzeiten (z.B. bei anderen Arbeitgeber:innen) in einem bestimmten Umfang zur schnelleren Erreichung der sechsten Urlaubswoche angerechnet werden. Außerdem

können günstigere Regelungen getroffen werden, z.B. können im Kollektivvertrag zusätzliche Urlaubstage vorgesehen sein.

? Kann man sich den Urlaub auch auszahlen lassen?

Arbeitgeber:innen sind grundsätzlich verpflichtet, den Verbrauch von Urlaub für das Jahr, in dem der Urlaub entstanden ist, zu ermöglichen. Selbst mit Zustimmung der Beschäftigten ist es keinesfalls möglich, Geld auszuzahlen, anstatt freie Tage zu gewähren – den Beschäftigten den Urlaub also „abzukaufen“ („Urlaubsablöse“ genannt). Einzig im Fall der Beendigung des Dienstverhältnisses und der Unmöglichkeit des Urlaubsverbrauchs ist eine Abgeltung von Urlaubsansprüchen möglich.

? Wie ist der Verbrauch von Urlaub geregelt?

Grundsätzlich gilt: Der Verbrauch von Urlaub ist Vereinbarungssache. Beschäftigte können weder zum Verbrauch von Urlaub gezwungen werden, noch haben sie Anspruch auf Urlaub zu einem bestimmten Datum. Beide Seiten müssen sich also über Termin und Dauer des Urlaubs einig werden und dabei wechselseitig Rücksicht auf die Interessen der jeweils anderen Partei nehmen.

Das gilt übrigens auch für den Betriebsurlaub: Auch dieser muss zwischen Arbeitgeber:in und Beschäftigten vorab vereinbart werden und darf ein bestimmtes Ausmaß (ca. zwei von fünf Urlaubswochen) nicht überschreiten, damit den Beschäftigten noch genügend Urlaubstage zur freien Verfügung bleiben.

? Bis wann muss der Urlaub genehmigt werden?

Regelungen darüber, bis zu welchem Zeitpunkt Beschäftigte ihre Urlaubswünsche bekannt geben müssen oder der/die Arbeitgeber:in die Urlaubsanträge genehmigen muss, kennt das

Gesetz nicht. Sollte eine Einigung mit dem/der Arbeitgeber:in trotz intensiven Bemühens nicht gelingen, kann (nur) in Betrieben mit Betriebsrat der Urlaub unter bestimmten Umständen auch einseitig von den Beschäftigten angetreten werden.

Hier ist jedoch Vorsicht geboten: Wird der Urlaub unrechtmäßig einseitig angetreten, riskiert man eine Entlassung. Hier sollte man sich also unbedingt gewerkschaftlich beraten lassen!

? Was gilt, wenn man im Urlaub erkrankt?

Erkranken Beschäftigte während des Urlaubs und dauert die Erkrankung länger als drei Tage, wird der Urlaub ab Beginn der Erkrankung unterbrochen. Es dürfen in diesem Fall also keine Urlaubstage vom Urlaubskontingent abgezogen werden.

Die Erkrankung muss dem/der Arbeitgeber:in jedoch unverzüglich mitgeteilt werden, auf Verlangen ist auch eine Krankenstandsbestätigung vorzulegen. Dauert die Erkrankung während des Urlaubs kürzer als drei Tage, ist ein Abzug der Urlaubstage jedoch rechters. Eine automatische Verlängerung des Urlaubs um die Krankenstandstage, auch bei länger andauernder Krankheit, erfolgt nicht.

? Was hat das Urlaubsgeld mit dem Urlaub zu tun?

Vom Urlaubsentgelt, also jenem Entgelt, das während des Urlaubs zu zahlen ist, obwohl nicht gearbeitet wird, ist das Urlaubsgeld zu unterscheiden. Beim Urlaubsgeld (auch Urlaubszuschuss oder 14. Gehalt genannt) handelt es sich um eine Sonderzahlung, die vom jeweiligen Kollektivvertrag geregelt wird. Auch die Höhe und das Fälligkeitsdatum des Urlaubsgeldes legt der Kollektivvertrag fest.

Michael Gogola

Urlaub planen ist nicht immer einfach



© DANIEL NOVOTNY

Michael Gogola leitet die Bundesrechtsabteilung der Gewerkschaft GPA. Er beschäftigt sich vorrangig mit arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Fragestellungen.

Wir alle machen gerne Urlaub. Er soll der Erholung dienen und lässt einen anschließend umso produktiver wieder bei der Arbeit erscheinen. Auch die Verkürzung der Jahresarbeitszeit ist ein wichtiges Motiv für das Bestehen urlaubsrechtlicher Bestimmungen. Im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses ist der Urlaub allerdings Vereinbarungssache und so sind – mitunter langwierige – Abstimmungsprozesse mit dem/der Arbeitgeber:in nötig. Wer darf wann und wie lange auf Urlaub gehen, wer darf sich zuerst in die Urlaubsliste eintragen und wird auch für die notwendige Vertretung gesorgt?

Bei Fragen rund um den Urlaub ist es daher jedenfalls sinnvoll, sich in der Gewerkschaft GPA beraten zu lassen.

RECHTSBERATUNG

Du hast eine arbeitsrechtliche Frage? Dann wende dich an unsere Rechtsberatung und vereinbare einen Beratungstermin unter 050301





Fairness kommt nicht von allein

Wie Gewerkschaften und Betriebsräte unser Arbeitsleben verbessern.

Seit 80 Jahren setzt sich der ÖGB für Gerechtigkeit und Solidarität am Arbeitsplatz ein. Doch ohne die Betriebsräte in den Unternehmen wäre der ÖGB nicht das, was er heute ist: eine starke Stimme für die Arbeitnehmer:innen.

„Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten, mit steigenden Preisen und großen Herausforderungen in der Arbeitswelt, zeigt sich, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist“, sagt ÖGB-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi. Klar ist: Starke Gewerkschaften brauchen starke Betriebsräte – und umgekehrt.

Die Herausforderungen von heute

In der Arbeitswelt ist diese starke Partnerschaft besonders wichtig. Digitalisierung, steigender Arbeitsdruck und unsichere Jobs machen es vielen Arbeitnehmer:innen schwer. „Die Belastung für die Menschen in den Betrieben steigt immer weiter, natürlich auch wegen zahlreicher Überstunden und fehlender Arbeitskräfte. Das zeigt auch unsere gemeinsame Umfrage mit der Arbeiterkammer unter 1.500 Betriebsratsvorsitzenden“, erklärt Mernyi.

Probleme früh erkennen

Die Beschäftigten sind mit ihren Sorgen nicht allein – sie wissen, dass sie beim Betriebsrat immer Gehör finden. Betriebsräte spüren früh, welche Probleme es gibt und was noch auf die Arbeitnehmer:innen zukommt. Derzeit sehen viele Betriebsräte den Fachkräftebedarf als größtes Problem – und das wird in den nächsten Jahren noch schlimmer werden.

Deshalb braucht es Betriebsräte, die sich für sichere Arbeitsplätze, gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie faire Arbeitszeiten starkmachen. Gleichzeitig kämpfen die Gewerkschaften auf politischer Ebene für soziale Sicherheit und eine gerechte Verteilung des Wohlstands.

Schutz und Stimme der Beschäftigten

Betriebsräte sind die direkten Ansprechpersonen für die Beschäftigten. Sie wissen, wo es Probleme gibt, und setzen sich für bessere Arbeitsbedingungen, faire Einkommen und die Einhaltung von Rechten ein. Sie verhandeln Betriebsvereinbarungen, begleiten Veränderungen und sind oft die erste Anlaufstelle bei Konflikten. Sie sorgen dafür, dass die Stimmen der Arbeitnehmer:innen gehört werden – das macht ihre Arbeit so wichtig.

Besser mit Betriebsrat

Dieser Einsatz wird auch geschätzt: Acht von zehn Beschäftigten sagen in einer Befragung des IFES-Institut, dass ein Betriebsrat wichtig ist, in Betrieben mit Betriebsrat ist die Zustimmung noch höher.

Dass die Menschen ihren Betriebsräten den Rücken stärken, verwundert ÖGB-Bundesgeschäftsführer Mernyi nicht: „Ein Betriebsrat kann mehr durchsetzen als eine Einzelperson. Wir wissen, dass Betriebsräte am häufigsten gegründet werden, wenn es im Unternehmen nicht so rund läuft.“

Trotz vieler positiver Effekte wird die Arbeit von Betriebsräten oft erschwert. Manche Arbeitgeber sagen offen, dass



„Starke Gewerkschaften brauchen starke Betriebsräte – und umgekehrt.“

WILLI MERNYI,
ÖGB-BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER

sie keinen Betriebsrat wollen. Ein absolutes No-Go, betont Mernyi: „Wer Kolleg:innen daran hindert, sich für die betriebliche Mitbestimmung einzusetzen und eine Betriebsratswahl aktiv verhindert, darf nicht mehr ohne Strafe davonkommen.“

Gewerkschaften und Betriebsräte – ein starkes Team

Seit 80 Jahren schafft der ÖGB die Rahmenbedingungen, damit betriebliche Mitbestimmung wirksam wird. Zusammen mit seinen sieben Gewerkschaften unterstützt er Betriebsräte mit Fachwissen, rechtlicher Beratung und Vernetzung. Gleichzeitig verhandeln die Gewerkschaften Kollektivverträge, die Mindeststandards für Löhne und Arbeitsbedingungen festlegen.

Diese Kollektivverträge schützen nicht nur die Beschäftigten, sondern geben auch Unternehmen Planungssicherheit. Betriebsräte und Gewerkschaften sorgen gemeinsam für Stabilität und Fairness in der Arbeitswelt. Seit 80 Jahren und auch in den kommenden 80 Jahren.

Peter Leinfellner

Sei auch du **die starke Stimme in deinem Betrieb!** Gründe jetzt einen **Betriebsrat!**

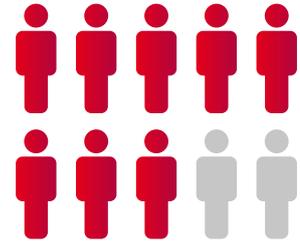
So einfach geht's:

- 1. Mindestens fünf Beschäftigte:** In jedem Betrieb mit mindestens fünf Beschäftigten kann ein Betriebsrat gegründet werden.
- 2. Betriebsratsteam bilden:** Hol dir Gleichgesinnte, die ins Betriebsratsteam wollen und mit dir die Betriebsratswahl organisieren.
- 3. Betriebsratswahl organisieren:** Dazu müssen alle Beschäftigten zu einer Betriebsversammlung eingeladen werden, auf der ein Wahlvorstand gewählt wird, der die Betriebsratswahl organisiert.
- 4. Als Betriebsrat loslegen:** Gemeinsam seid ihr das Team, das sich als starke Stimme für mehr Fairness im Unternehmen einsetzt!

Wir begleiten dich bei jedem Schritt.

Schreib uns ein E-Mail: service@oegb.at

Wunsch nach Betriebsrat groß



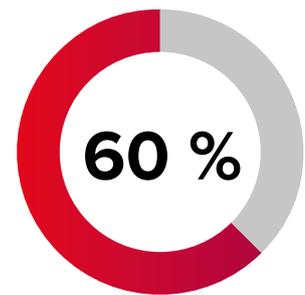
8 von 10 Beschäftigten sagen, dass ein Betriebsrat wichtig ist.

Das zeigt eine aktuelle Befragung des Meinungsforschungsinstituts IFES unter 2.500 Arbeitnehmer:innen in Österreich.

6 von 10

Betriebsratsvorsitzenden sagen, dass der Arbeitsdruck in ihrem Unternehmen konstant hoch ist.

Das setzt den Beschäftigten zu, viele leiden im Job unter zu viel Stress.



Über 60 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden sagen, dass Personalmangel aktuell und auch in den kommenden Jahren das größte Problem in ihren Betrieben sein wird. Immer mehr Arbeit wird so auf immer weniger Personal aufgeteilt.

Mehr Infos dazu:

➤ oegb.at/besser-betriebsrat

➤ oegb.at/strukturwandelbarometer24



Klares Nein zur Sonntagsöffnung im Handel

Die Debatte um Sonntagsöffnungen im Advent sorgt jedes Jahr für hitzige Diskussionen in Österreich. Eine zu Jahresende durchgeführte Studie des Instituts für Handel, Absatz und Marketing der Johannes Kepler Universität Linz offenbart eine gesplante Meinung in der österreichischen Bevölkerung zu diesem Thema. Während 53 Prozent der Befragten eine Öffnung an mindestens einem Adventsonntag befürworten, sprechen sich 47 Prozent strikt dagegen aus.

Arbeitsfreien Sonntag erhalten

Wolfgang Gerstmayer, Geschäftsführer der GPA Oberösterreich, betont: "Diese Zahlen zeigen deutlich, dass fast die Hälfte der Österreicher:innen den Sonntag als arbeitsfreien Tag schätzen und bewahren möchten. Wir als Gewerkschaft stehen fest an der Seite dieser Menschen und kämpfen für ihr Recht auf Erholung und Zeit mit der Familie."

Die Gründe für die ablehnende Haltung sind vielfältig und gewichtig. An erster Stelle steht der Schutz der Arbeitnehmer:innenrechte. Es ist erfreulich, dass 45 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass Beschäftigte

im Einzelhandel weiterhin an Sonntagen frei haben sollten. Darüber hinaus werden die aktuellen Öffnungszeiten von Montag bis Samstag von vielen als völlig ausreichend empfunden.

Für 40 Prozent der Befragten ist der Sonntag darüber hinaus ein Tag, der der Familie gewidmet sein sollte. Auch religiöse Gründe spielen für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung eine Rolle. Immerhin 23 Prozent gaben an, dass religiöse Aspekte für sie gegen eine Sonntagsöffnung sprechen.

Kein Allheilmittel

Gerstmayer erklärt weiter: "Die Sonntagsöffnung ist kein Allheilmittel gegen den Online-Handel. Stattdessen müssen wir kreative Lösungen finden, die sowohl die Interessen des Einzelhandels als auch die Rechte der Beschäftigten berücksichtigen. Es wäre kurzsichtig, die langfristigen sozialen Folgen einer Sonntagsöffnung für kurzfristige wirtschaftliche Gewinne zu opfern."

Die GPA sieht auch die potenziellen Auswirkungen auf kleine und mittelständische Unternehmen mit Sorge. Während große Handelsketten mög-

licherweise von Sonntagsöffnungen profitieren könnten, wären kleinere Geschäfte eher nicht in der Lage, die zusätzlichen Personalkosten zu stemmen. Dies könnte zu einer weiteren Konzentration im Einzelhandel führen und die Vielfalt in den Innenstädten gefährden.

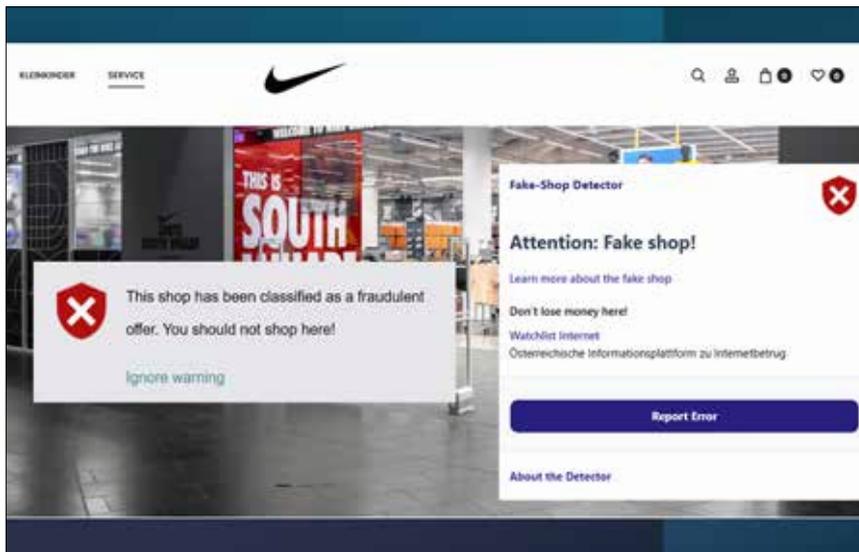
Gesundheitliche Folgen

Zudem warnt die Gewerkschaft vor den möglichen gesundheitlichen Folgen für die Beschäftigten im Einzelhandel. "Wir dürfen nicht vergessen, dass hinter jedem geöffneten Geschäft Menschen stehen, die ihre Freizeit und ihre Familienzeit opfern müssen", betont Gerstmayer. "Es ist unsere Aufgabe als Gewerkschaft, die Interessen dieser Menschen zu vertreten und für ihre Rechte einzustehen."

Die GPA setzt sich daher weiterhin vehement gegen Sonntagsöffnungen im Advent ein. "Wir appellieren an die Politik und die Wirtschaft, die Rechte und das Wohlbefinden der Arbeitnehmer:innen zu respektieren", so Gerstmayer abschließend. "Der Sonntag muss als Tag der Ruhe und der Familie geschützt bleiben".

Eva Wanka

Wirksamer Schutz vor Web-Shop Betrug



Ampel-Symbole zeigen an, wie vertrauenswürdig ein Händler ist. „Eine flächendeckende rote Warnmeldung macht auf einen Fake-Shop aufmerksam“, erklärt Wirtschaftsinformatiker Andrew Lindley vom Austrian Institute of Technology.

Der Fake-Shop Detector erkennt durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz Internet-Seiten, die ähnlich aufgebaut sind wie bereits als betrügerisch identifizierte Webauftritte und warnt potentielle Käufer:innen. Die Software kann kostenlos auf jedem Internet-Browser am PC installiert oder über die App der „Watchlist Internet“ genutzt werden.

Das Austrian Institute of Technology (AIT) hat eine App entwickelt, die Konsument:innen einfach und kostenlos dabei hilft, Abzocker-Shops zu erkennen. Der Fake-Shop Detector findet mit Hilfe Künstlicher Intelligenz (KI) Seiten, die über die Plattform „Watchlist Internet“ als betrügerisch gemeldet wurden. Andrew Lindley, Forscher am Center for Digital Safety & Security am AIT möchte Konsument:innen sensibilisieren: „Die Fälle von Cyber-Kriminalität im Online-Handel nehmen immer weiter zu, oft handelt es sich um Bestellbetrug, wo Kriminelle mit

Preisen weit unter jenen der Konkurrenz zu schnellen Käufen locken.“

Jeder vierte fällt auf Online-Betrug hinein

Lindley geht von einer großen Dunkelziffer aus: „Es gibt tausende Online-Shops und in der Hektik des Alltags kann es passieren, dass man auf ein verlockendes Werbeangebot klickt, ohne den Betreiber zu kennen und ohne Bewertungen, Zahlungsmodalitäten oder das Impressum zu überprüfen.“ So passiere es häufig, dass nach der Vorab-Zahlung keine Ware geliefert wird: „Jede vierte Internetnutzer:in ist schon einmal in diese Falle getappt.“

Der Fake-Shop Detector kann „schnell reagieren und viele Anwender:innen erreichen, indem KI eingesetzt wird: Die Nutzer:innen werden in Echtzeit gewarnt, sobald sie eine verdächtige Seite anklicken.“ Das Alarmsignal wird sofort an die Server rückgemeldet

und weiterverbreitet und ist innerhalb weniger Minuten für alle Nutzer:innen verfügbar.

Rote Warnmeldung macht auf Fake-Shop aufmerksam

Die Anwendung ist einfach: Rechts oben am Bildschirm findet sich ein Icon, das nach den Ampelfarben grün – gelb – rot anzeigt, wie vertrauenswürdig ein Händler ist.

„Wer unsicher ist, ob ein Webshop seriös ist, kann den kostenlosen Fake-Shop Detector installieren oder sich auf der Plattform Watchlist Internet informieren.“

ANDREW LINDLEY
AUSTRIAN INSTITUTE OF TECHNOLOGY

Die meiste Zeit schlummert der Fake-Shop Detector, färbt sich das Symbol jedoch rot und erscheint eine flächendeckende Warnmeldung, können Anwender:innen sehr sicher sein, dass es sich um einen betrügerischen Shop handelt. Auf Datenschutz wird großen Wert gelegt, der Fake-Shop Detector zeichnet weder das Surfverhalten auf, noch verwendet er persönliche Daten. Für ihre richtungsweisende Arbeit wurden Lindley und seine Kolleg:innen 2024 mit dem Staatspreis Digitalisierung ausgezeichnet.

Andrea Rogy

**Fake-Shop Detector
herunterladen**

👉 <https://www.fakeshop.at>



Vermögen wird übernommen, nicht verdient

Ein Bericht der britischen Organisation Oxfam nimmt einmal mehr die globale Ungleichheit ins Visier. Die Ergebnisse sind schwindelerregend.

Sie beide sitzen an Seen, beide im Salzburger Land: Die reichsten Milliardäre Österreichs sind der Red Bull-Erbe Mark Mateschitz und die Familie Porsche-Piëch, reich geworden mit Energydrinks und Autos. Ihr Vermögen beläuft sich auf jeweils rund 37 Milliarden Euros.

Super-reich

„Es gab niemals eine bessere Zeit für Milliardär:innen,“ schreibt der internationale Verbund von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen Oxfam in seinem neuen Ungleichheits-Bericht.

Warum? Das Vermögen Superreicher wuchs im vergangenen Jahr dreimal so schnell wie noch 2023. Es stieg täglich um rund zwei Millionen Euro an. Bald könnte es 3.000 Milliardär:innen weltweit geben.

Reichtum entspringt dabei nur selten besonders großem Fleiß. Dies belegt auch der Bericht mit dem Titel „Milliardärsmacht beschränken. Demokratie schützen“. Denn: Das meiste Vermögen der Superreichen wird übernommen, nicht verdient.

„Es gab niemals eine bessere Zeit für Milliardär:innen.“

OXFAM
UNGLEICHHEITS-BERICHT 2025

Ganze 60 Prozent davon stammen entweder aus Vererbung, Vetternwirtschaft und Korruption oder Monopolmacht. Und: Immer öfter werden Superreiche durch ein Erbe ebensol-

che. Die Chancen auf Reichtum sind demnach mehr als ungleich verteilt.

Super-arm

Indes lasten die Folgen der Krisen, von der Pandemie über Inflation und Klimakrise, schwer auf den Schultern vieler Menschen. Milliarden kämpfen damit ihre überhöhten Mieten zu bezahlen und die hohen Kosten für Lebensmittel zu bestreiten. Seit bald 50 Jahren stagniert die Zahl der Arbeitslosen weltweit. 3,6 Milliarden Menschen, also 44 Prozent der gesamten Menschheit, leben unter der Armutsgrenze. Und ganze 733 Millionen Menschen leiden deswegen Hunger.

Dass Reichtum und Armut keine individuellen Phänomene sind, zeigt auch die Analyse von 164 Ländern. Vier von

fünf Ländern weltweit haben in den letzten Jahren staatliche Mittel für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung gekürzt; ebenso viele haben Rückschritte bei der Steuerprogression und noch mehr bei Arbeitsrechten und Mindestlöhnen gemacht.

Dabei hat die United Nations-Generalversammlung schon am 1. September 2015 eine Resolution verabschiedet: „Wir sind entschlossen, Armut und Hunger in allen ihren Formen und Dimensionen ein Ende zu setzen und sicherzustellen, dass alle Menschen ihr Potenzial in Würde und Gleichheit und in einer gesunden Umwelt voll entfalten können.“ Erreicht werden soll dieses Ziel bis im Jahr 2030.

Bleibt die Welt allerdings beim gegenwärtigen Kurs, so dauert die Abschaffung der Armut über ein Jahrhundert, berechnete Oxfam. Ihrem Bericht zufolge könnte dies aber auch schon in einem Drittel der Zeit gelingen – es brauche nur den Willen.

Super-ungleich

Die gesellschaftliche Ungleichheit jedoch zementiert sich zunehmend ein. Ungleich verteilte Vermögen bedeu-

„Wir sind entschlossen, Armut und Hunger in allen ihren Formen und Dimensionen ein Ende zu setzen.“

UNO-GENERALVERSAMMLUNG
RESOLUTION, SEPTEMBER 2015

ten auch ungleich verteilte Macht. Globale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank werden, genauso wie Finanzmärkte, von Ländern des Globalen Nordens dominiert. Dies mündet in einer Politik, die den Reichen entgegenkommt: Einkommensschwachen Ländern entgehen durch die Steuervermeidung

internationaler Konzerne pro Jahr rund 100 Milliarden Euros.

Ähnlich wie in Österreich gibt es in zwei Drittel der untersuchten Länder keine Erbschaftssteuer. „Insgesamt hat die reichenfreundliche Steuerpolitik den Effekt, dass Milliardär:innen und Multimillionär:innen in vielen Ländern der Welt effektiv weniger Steuern auf ihr Einkommen zahlen als der Rest der Bevölkerung,“ heißt es im Ungleichheitsbericht. Dazu kommt, dass weltumspannende Lieferketten von multinationalen Konzernen dominiert werden, welche von billigen Arbeitskräften und Ressourcen im Globalen Süden profitieren.

Super-undemokratisch

Ungleichheit wird damit zum Problem für die Demokratie. Wirtschaftliche Ungleichheit höhlt auf Dauer das Vertrauen in demokratische Institutionen aus, besonders auf Seiten der Ärmere. Und wie sich in den USA dieser Tage sehr deutlich zeigt: Reiche haben allein aufgrund ihres Vermögens mehr Einfluss auf Regierungen und streben überdurchschnittlich oft politische Ämter an – mit Erfolg.

Im Gegenzug dazu haben Armutsbetroffene und prekär Beschäftigte generell weniger politische Teilhabe und weniger Vertrauen in das politische System – auch in Österreich. Dass dies ein Nährboden für rechtsextreme und -populistische Kräfte ist, sollte nicht überraschen. Geplanten Einsparungen gießen damit weiteres Öl ins Feuer.

Forderungen

Um dem Kreislauf der Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht zu entgehen schlägt Oxfam eine Reichensteuer von zwei Prozent vor: „Eine Milliardärssteuer wäre daher ein wichtiger erster Schritt, um eine der großen Gerechtigkeitslücken im bestehenden Steuersystem zu schließen und damit auch Vertrauen in Poli-

tik und die Demokratie wiederherzustellen.“

Mit dem Geld sollen Maßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion finanziert werden. Dies stütze das demokratische Grundvertrauen in die Institutionen. Zudem soll mehr Geld in Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutzprojekte fließen, um eine gerechtere und sichere Zukunft zu bereiten.

Um die Macht der multinationalen Konzerne, der Big-Tech-Unternehmen und des Lebensmittelhandels zu beschränken sollen Schwellenwerte für eine marktbeherrschende Stellung gesenkt werden. Damit könnte eine Marktkonzentration frühzeitiger gebremst werden. Und es gilt „vor allem am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsstrukturen zu schaffen“.

Abschließend schlägt Oxfam Deutschland vor: „Regierungen müssen jetzt dringend dafür sorgen, dass Superreiche einen finanziellen Mindestbeitrag zum Gemeinwohl leisten und Konzernmacht beschränkt wird. Nur so erreichen wir eine sozial und ökologisch gerechte und nicht zuletzt demokratische Zukunft für alle.“

Christof Mackinger

Zum Ungleichheitsbericht von Oxfam auf Deutsch

➔ https://s.gpa.at/oxfam_2025





Steuerausgleich 2024

Was wichtig für die diesjährige Arbeitnehmer:innenveranlagung ist!

? Wer sollte eine Arbeitnehmer:innenveranlagung machen und wer muss?

Verpflichtend muss eine Arbeitnehmer:innenveranlagung abgegeben werden von Menschen mit einem steuerpflichtigen Einkommen von mindestens 13.981 Euro und wenn einer der folgenden Gründe vorliegt:

- Wenn steuerfreie Bezüge oder Leistungen zu hoch erhalten wurden oder wenn diese ohne Anspruch ausbezahlt wurden. Das betrifft etwa Pendlerpauschale, Familienbonus Plus, Jobticket, Homeoffice-Pauschale oder die Absetzbeträge für Alleinverdiener:innen bzw. Alleinerzieher:innen
- Beschäftigung bei zwei oder mehr gleichzeitigen Arbeitgeber:innen
- Erhalt von Kapitaleinkünften über 22 Euro, für die keine

Kapitalertragssteuer (KESt) abgezogen wurde

- Neu in 2024: Erhalt des Klimabonus bei einem Einkommen über 66.612 Euro - dann wird dieser steuerpflichtig

Achtung: Das ist nur eine Auswahl, die gesamte Liste inklusive der Fristen sind über den OR-Code auf der nächsten Seite abrufbar. Darüber hinaus empfiehlt sich eine freiwillige Veranlagung jedenfalls für Familien mit Kindern.

? Welche Entlastungen gibt es für Familien mit Kindern?

Der Familienbonus Plus (2.000 Euro pro Kind unter 18 bzw. 700 Euro für Kinder über 18 Jahren) ist hier der größte Faktor. Tipp: Pro Kind kann der Familienbonus 50/50 zwischen Partner:innen aufgeteilt werden, um die volle Entlastung zu erhalten, falls

die bezahlte Steuer allein nicht ausreichen sollte.

Weitere Entlastungen für Familien sind etwa die Absetzbeträge für Alleinerzieher:innen bzw. Alleinverdiener:innen oder der Kindermehrbetrag, für Menschen, die keine oder kaum Lohnsteuer gezahlt haben.

? Was ist eigentlich eine Negativsteuer?

Durch die sogenannte Negativsteuer werden anteilig bezahlte Sozialversicherungsbeiträge refundiert. Das betrifft Personen, die wenig oder keine Lohnsteuer, jedoch Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben. Für diese ist daher eine Antragsveranlagung jedenfalls sinnvoll. Das lohnt sich oft besonders für Personen, die in Teilzeit arbeiten oder Menschen mit geringen Pensionen.

? Was kann man als Werbungskosten absetzen?

Werbungskosten, also Ausgaben in Verbindung mit dem Beruf, zählen zu den wichtigsten absetzbaren Ausgaben. Dazu zählen etwa Fachliteratur, Arbeitskleidung, Ausbildungskosten oder technische Geräte. Bei Anschaffungskosten über 1.000 Euro können technische Geräte über die gewöhnliche Nutzungsdauer anteilig pro Jahr abgerechnet werden.

Tipp: Ein etwaiger Anteil der Privatnutzung muss berücksichtigt werden! Ein Pauschalbetrag von 132 Euro wird automatisch berücksichtigt, erst wenn diese Ausgaben überschritten werden, erhöht sich die Steuergutschrift.

Zu den Werbungskosten zählen ebenfalls Gewerkschaftsbeitrag und Betriebsratsumlage. Wenn der Gewerkschaftsbeitrag direkt vom Gehalt abgezogen wird, ist er bereits steuermindernd berücksichtigt. Die Betriebsratsumlage muss jedenfalls extra in der Arbeitnehmer:innenveranlagung berücksichtigt werden.

? Wem nützt die Berufsgruppenpauschale?

Bestimmte Berufsgruppen können bei der Arbeitnehmer:innenveranlagung von der Berufsgruppenpauschale profitieren und zwischen fünf und 20 Prozent der Bruttobezüge pauschal und ohne Rechnungsnachweis von der Steuer absetzen.

Dazu zählen unter anderem Förster:innen, Journalist:innen, Moderator:innen, Fernsehschaffende, Gemeindevertreter:innen und Bürgermeister:innen, sowie Künstler:innen, Heimarbeiter:innen und Freischaffende. Voraussetzung dafür ist eine schriftliche Bestätigung des Arbeitgebers.

? Was kann man für Homeoffice absetzen?

Die Homeoffice-Pauschale von max. 3 Euro pro ganzem Homeoffice-Tag (bis zu 100 Tage) wird automatisch berücksichtigt. Der Arbeitgeber hat die Verpflichtung, die Anzahl von Homeoffice-Tagen an das Finanzamt zu melden. Ergonomische Möbel für das Homeoffice können mit bis zu 300 Euro pro Jahr von der Steuer abgesetzt werden, sofern zumindest 26 Homeoffice Tage vorliegen.

? Wann hat man Anspruch auf die Pendlerpauschale?

Solltest du pendeln und die Pendlerpauschale nicht in der laufenden Lohnverrechnung erhalten ist diese ebenfalls im Zuge der Arbeitnehmer:innenveranlagung anzugeben.

Ob Anspruch auf Pendlerpauschale besteht, erfährt man beim Pendlerrechner des BMF.

? Was ist neu in 2024?

Eine Valorisierung gab es bei den Sonderausgaben im Hinblick auf Beiträge zu gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften („Kirchenbeitrag“). Dort können seit 2024 maximal 600 Euro abgesetzt werden (zuvor 400 Euro). Bei den außergewöhnlichen Belastungen gibt es im Steuerjahr 2024 keine Veränderung. Weiterhin wird unterschieden zwischen Ausgaben, bei denen ein Selbstbehalt zu tragen ist (z.B. Arztkosten) und jenen ohne Selbstbehalt (z.B. Ausgaben aufgrund von Naturkatastrophen).

? Wie und wann kann man einreichen?

Die Veranlagung kann ab dem Zeitpunkt der Übermittlung der Jahreslohnzettel vom Arbeitgeber an das Finanzamt (Deadline Ende Februar) analog per Formular beim Wohnsitz-

finanzamt abgegeben werden oder online via Finanzonline. Die digitale Abgabe hat mehrere Vorteile: Positionen, die man letztes Jahr befüllt hat, sind markiert, es gibt längere Fristen bei Pflichtveranlagung und durch die Vorausberechnung bekommt man eine Information darüber, ob eine Gutschrift oder Nachzahlung resultiert. Muss man keine Arbeitnehmer:innenveranlagung verpflichtend durchführen, ist eine Abgabe der Erklärung bei Nachzahlung nicht notwendig! Man kann die Arbeitnehmer:innenveranlagung rückwirkend für 5 Jahre einreichen bzw. die automatische Veranlagung korrigieren.

Robin Perner

Wann ist eine Arbeitnehmer:innenveranlagung verpflichtend?

Hier geht es zur vollständigen Liste der Gründe für eine Pflichtveranlagung und den entsprechenden Fristen:

➔ <https://s.gpa.at/pflichtva>



Anspruch auf die Pendlerpauschale - ja oder nein?

Hier geht es zum Pendlerrechner des Finanzministeriums:

➔ <https://pendlerrechner.bmf.gv.at/>





Als Betriebsratsvorsitzender vertritt Harald Kratzer 418 journalistische und administrative Mitarbeiter:innen der Sender Ö1, Ö3 und FM4 und des Radio Symphonieorchesters.

Für den Rundfunk brennen

Harald Kratzer ist Betriebsratsvorsitzender der ORF-Hörfunkdirektion, hat eine seiner Leidenschaften zum Beruf gemacht und weiß bis ins Detail, wie sich Druck für die Kolleg:innen anfühlt.

Es fing mit Audiokassetten für Urlaubsreisen an - als von Ton-technik begeistertes Kind stellte Harald Kratzer ganze Radiosendungen zusammen. Während seines Zivildienstes in einem Kindergarten verdingte sich der Wiener vor allem in der Küche, täglich begleitet vom Sender Ö3. So lag es nahe, dass sich Kratzer als Jusstudent auf der Suche nach einem Nebenjob beim Ö3-Hörerservice bewarb und gleich mit seinen genauen Kenntnissen über das Sendeschema beeindruckte.

Gesetzliche Neuerungen

Die Stimmung beschreibt Kratzer als offen, den Sender als „kreativen Haufen“. Einblicke in verschiedene

Abteilungen und viele Gespräche brachten Harald Kratzer auf die entscheidende Idee, sich in der Produktion zu versuchen. Dort gab es allerdings erst keinen Job für ihn, aber die Möglichkeit etwas zu produzieren und vorzuspielen. Mit einem Trailer über ein Western-Duell, das sich erst am Ende als Werbung für ein Fußball-Länderspiel entpuppte, überzeugte der heute 46-Jährige den damaligen Produktionschef. Der angehende Jurist musste sich schließlich zwischen einem 40-Stunden-Job bei Ö3 und dem „Fertigmachen“ des Studiums entscheiden. „Jus hat mich wirklich interessiert, aber ich habe mein Hobby zum Beruf gemacht.“

Plötzlich Stellvertreter

Vor rund 10 Jahren wurde Harald Kratzer gefragt, ob er sich eine Kandidatur für den Betriebsrat vorstellen könnte. Im Zuge der Listenbildung rutschte Kratzer unversehens auf Platz zwei, ein Erdbebensieg folgte: „Damit haben wir den damaligen Vorsitzenden abgelöst, ich stieg von Null zum stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden der Hörfunkdirektion auf - da habe ich schon geschluckt“, erinnert sich Harald Kratzer.

„Ich habe dann schnell gelernt, Gewerkschaftskurse absolviert und alles aufgesaugt, was es sonst noch gibt“, erzählt Kratzer, der im vergangenen August den Betriebsratsvorsitz über-

nommen hat und damit auch freigestellt wurde. Rund 20 Jahre arbeitete Harald Kratzer in der Programmgestaltung und als einer von sieben Produzenten. Nun vertritt Betriebsratsvorsitzender Kratzer 418 journalistische und administrative Mitarbeiter:innen der Sender Ö1, Ö3 und FM4 und dem Radio Symphonieorchester.

In Kratzers Betriebsratsarbeit fungiert GPA-Sekretär Horst Traunmüller als ein mit der Materie vertrauter Sparringpartner – gemeinsam wird so an Argumenten und Auslegungen gefeilt. Zudem ist Traunmüller die schnelle Verbindung zu den passenden Jurist:innen. Auch setzt der Betriebsratsvorsitzende auf das persönliche Gespräch: „Höre ich den Menschen zu, kann ich auch viel über die Firma erfahren“. Hinter den meisten Problemen steht eine persönliche Geschichte, weiß Harald Kratzer. Deshalb vereinbart er keinen Termin unter einer Stunde.

Über Belastungsgrenzen hinweg

Denn der Druck auf die Mitarbeiter:innen hat sich mit der Zeit erhöht „Die Anzahl der Leute, die das ganze Ding stemmen müssen, ist im Laufe der Jahre geschrumpft - dafür ist das Aufgabengebiet dank neu zu betreuender Bereiche wie zum Beispiel Social Media nun wesentlich größer“, sagt Kratzer. Die Produktivität der Mitarbeiter:innen ist in den letzten 20 Jahren extrem gestiegen - Redakteur:innen kompensieren die Einsparungen durch persönlichen Einsatz. Der Druck zu liefern, die Arbeitslast und kleiner werdende Ressourcen haben ihren Preis. „Wir müssen regelrecht sagen: 'Leute, bringt's euch nicht um!' Denn viele Mitarbeiter:innen merken nicht, dass sie schon über ihrer Belastungsgrenze agieren“, erzählt Kratzer. In der Öffentlichkeit wird oft ein anderes Bild gezeichnet. So polemisieren

Politiker:innen über die Privilegien der ORF Mitarbeiter:innen und sprechen etwa von einer erfundenen Wohnungszulage.

Dabei diene diese ursprünglich dazu, einen sozialverträglichen Gehaltsabschluss durchzusetzen. Statt einer prozentualen Erhöhung für alle (die Niedrigverdiener benachteiligt hätte) wurde damals eine Zulage verhandelt, die für jeden gleich hoch war. Ab 2026 wird (unter anderem) diese Zulage komplett gestrichen. Harald Kratzer zeigt sich darüber verärgert:

„Wir müssen regelrecht sagen: 'Leute, bringt's euch nicht um!'“

HARALD KRATZER
BETRIEBSRATSVORSITZENDER
ORF-HÖRFUNKDIREKTION

„Das ist arg, denn die Sozialpartner verhandeln den Kollektivvertrag und die Politik greift da ein. Das darf nicht passieren!“

Kratzer ist auch außerhalb der Dienstzeiten erreichbar, bisweilen auch am Abend oder Wochenende. Wenn ein Thema brennt, kann das schon sehr intensiv werden. Seine Lebenspartnerin warnt ihn regelmäßig, auch die benötigten Pausen zu machen, um die Batterien wieder aufzuladen.

Gesicherte Informationen notwendig

Ein starker und objektiver ORF ist für dieses Land wichtig. Laut Medienforschung nutzen 9 von 10 Menschen in Österreich den ORF. Pro Monat sehen/hören/lesen im Schnitt 95 Prozent ab 14 Jahren zumindest ein Angebot. Und es gilt: Professionelle Kriterien müssen in der Berichterstattung eingehalten werden. Unabhängig, faktenbasiert und qualitätsgesi-

chert. Wenn dagegen verstoßen wird, so gibt es Konsequenzen und durchaus öffentliche Diskussionen. Das ist heute wichtiger denn je: Eine Gesellschaft braucht gesicherte Informationen, denn auch in Österreich gibt es eine Parallelöffentlichkeit durch Propaganda-Plattformen, die im Interesse einer Partei arbeiten. Und Tech-Oligarchien wie X (vormals Twitter) zerstören auch hierzulande den gesellschaftlichen Diskurs. Während der blauschwarzen Regierungsverhandlungen hatten daher viele Angst um ihren Arbeitsplatz. „Viele Menschen haben bei uns ihre Berufung gefunden – der ORF ist schon etwas, womit sich die Belegschaft identifiziert und wofür sie brennt“, erklärt Harald Kratzer.

Wofür der Betriebsratsvorsitzende noch brennt

Trotzdem bleibt noch Zeit für andere Dinge. Gleich nach der Matura gründete Harald Kratzer mit Schulfreunden die Cover-Band „Lazy Dogs“, wo der Betriebsratsvorsitzende noch heute Klavier und Akkordeon spielt und auch dem Background-Gesang frönt. Aufgespielt wird etwa auf Bällen und Hochzeiten. Wurde früher Sinatra „My Way“ als Zugabe gesungen, ist es heute „I will survive“. Die gereifte Boys-Band hat seit einiger Zeit auch eine Sängerin.

Langweilig kann es Harald Kratzer aus zeitlichen Gründen gar nicht werden: seit 23 Jahren ist er nämlich auch geprüfter Pyrotechniker und Feuerwerker, managt Bühnenpyrotechnik genau wie Großfeuerwerke. Bloß für eines hat Harald Kratzer einfach noch keine Zeit gefunden: einen Hund, aber der muss wohl noch ein wenig warten.

Christian Resei



Quartier Bienvenue: Ein Zuhause für eine neue Generation

Frische Farbe, Aufbruchstimmung und ein symbolischer Moment: Die feierliche Schlüsselübergabe für das von der Stadt Wien geförderte Wohnbauprojekt „Quartier Bienvenue“ markiert den Beginn einer neuen Ära auf dem Areal der ehemaligen Ankerbrotfabrik. Insgesamt 243 geförderte Mietwohnungen, 81 SMART-Wohnungen und das Wohnheim „Heimvorteil Ankerbrot(fabrik)“ füllen den Standort mit modernem Leben. Das Wort „Bienvenue“ – Französisch für „Willkommen“ – steht dabei sinnbildlich für ein offenes Miteinander.

Ein Fest der Vielfalt

Bei der Schlüsselübergabe in der Puchsbaumgasse 1 in Wien Favoriten überreichten Vizebürgermeisterin

und Wohnbaustadträtin Kathrin Gaál, WBV-GPA-Geschäftsführer Michael Gehbauer und EBG-Geschäftsführer Alexander Gluttig die ersten Wohnungsschlüssel an das junge Paar Körmende-Knauz. „Das Quartier Bienvenue zeigt, wie Wien mit innovativen Konzepten und engagierten Partnern leistbaren Wohnraum für alle Generationen schafft“, betonte Vizebürgermeisterin Gaál. Für WBV-GPA und EBG ist dieses Projekt ein Musterbeispiel dafür, wie Architektur soziale Begegnungsräume schaffen kann.

Wohnen, Arbeiten, Gemeinschaft

Das „Quartier Bienvenue“ bietet verschiedene Wohnformen: Neben klassischen Mietwohnungen und

SMART-Apartments gibt es Micro-Lofts, in denen Wohnen und Arbeiten ineinanderfließen. Der offene Entwurf von Gerner Gerner Plus, M&S Architekten und Transparadiso führt vom Ankerboulevard in einen geschützten Innenhof, der zu Begegnung und Austausch einlädt. Ein Herzstück ist das Wohnheim „Heimvorteil Ankerbrot(fabrik)“. Junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren finden hier mehr als nur eine Unterkunft: Auf dem Dach thront ein Ballspielfeld mit atemberaubendem Wien-Panorama, in Gemeinschaftsküchen und im Multifunktionsraum entstehen Freundschaften unter den Bewohner:innen.

Im Herzen des neuen Stadtquartiers zeigt sich zudem, dass Wohnen mehr bedeutet als nur ein Dach über dem Kopf. Mit kreativen Ideen und viel Liebe zum Detail wurden barrierefreie Zugänge geschaffen und großflächige Fensterfronten sorgen für bestmögliche natürliche Belichtung. Wer Rückzugsorte sucht, findet innen liegende Ruhezone mit gemütlichen Sitzgruppen. Und sollte doch einmal Lust auf lebendiges Großstadtfair aufkommen, sind die Straßenbahnlinien 6 und 11 nur wenige Schritte entfernt. Zwei Stationen später ist man mit der U1 am Reumannplatz und damit in Windeseile in der Wiener Innenstadt. So schließt das Quartier Bienvenue nahtlos an das städtische Leben an und schafft doch gleichzeitig eine Oase der Ruhe.

Gemeinschaftsräume als Herzstück

Ob Sport, Musik oder geselliges Miteinander: Ein „Zweites Wohnzimmer“ und ein Multifunktionsraum mit Gemeinschaftsküche und Kinderspielfeld befördern Kontakte. Musikübungsräume und ein Waschsalon gehören ebenso dazu. Der Gedanke dahinter: Die Grenzen zwischen privatem Rückzugsort und öffentlichem

Raum sollen verschwimmen, damit ein spontanes Miteinander ganz selbstverständlich entsteht.

Kunst am Bau

Im Geiste des Roten Wien belebt Kunst das Quartier. Eine Lichtinstallation, das Fresko „Superlandschaft“ und sogar ein künstlerisch gestalteter Müllraum setzen kreative Akzente. So wird jeder Bereich zu einem Teil der gemeinsamen Identität und macht deutlich, wie viel Wert auf kulturellen Austausch gelegt wird.

Wohnheim „Heimvorteil Ankerbrot(fabrik)“ – Jetzt einziehen

Ab sofort sind vollmöblierte Einzelzimmer in Zwei- oder Drei-Personen-Apartments verfügbar. Die Zimmer beinhalten Bett, Schrank, Schreib-

tisch, Internet und TV-Anschluss; Küche und Bad werden gemeinsam genutzt. Die monatlichen Kosten liegen je nach Apartmentgröße zwischen EUR 540,- und EUR 580,-, inklusive Heizung, Strom, Wasser und Internet. Junge Menschen bis 30 Jahre können sich auf www.studentenwohnen.at anmelden und so rasch ihr neues Zuhause beziehen..

Ein neues Kapitel des sozialen Wohnbaus

Die Eröffnung des „Quartier Bienvenue“ war ein kleiner Meilenstein für den geförderten Wohnbau in Wien. „Wir möchten jungen Menschen und Familien ein Umfeld bieten, in dem sie sich entfalten und wohlfühlen können“, sagt WBV-GPA-Geschäftsführer Michael Gehbauer und ergänzt: „Leistbarer Wohnraum mit hohem Lebensstandard ist mittlerweile im geförderten Wohnbau selbstverständlich.“ Wer im Quartier Bienvenue einzieht, entscheidet sich nicht nur für vier Wände, sondern für ein Miteinander aller Bewohner:innen in Toleranz und guter Nachbarschaft.

Christian Swoboda



Muster-Apartment im Wohnheim



v.l.n.r.: GF Gehbauer (WBV-GPA), VBgmin Gadl u. Gluttig (EBG)

FREIE

WOHNUNGEN:

Steiermark und Niederösterreich

8053 Graz, Frühlingstraße 33
2 Zimmerwohnung, 57 m²
Miete € 563,-
Finanzierungsbeitrag € 2.500,-
HWB 48,1

8761 Pöls, Andreas Reingasse 10,
3 Zimmerwohnung, 67 m²
Miete € 580,-
Kautions € 1.700,-
HWB 60,6

2560 Berndorf, Brunntalstraße13
2 Zimmerwohnung, 53 m²
Miete: € 470,-
Finanzierungsbeitrag € 1.400 und
Kautions € 1.000,-
HWB 66,7

Erstbezug nach Großsanierung
2640 Gloggnitz Stuppacherstraße 6
3 Zimmerwohnung, 69 m²
Finanzierungsbreitrag € 4.180,-
Miete € 660,-
HWB 61,6

WBV-GPA –

Unsere Wohnbauvereinigung
WBV-GPA Wohnungsservice –
Gassenlokal

Bitte vereinbaren Sie Ihren
persönlichen Beratungstermin von
Mo–Mi: 9.00 bis 15.00 Uhr
Do: 9.00 bis 17.00
Fr: 9.00 bis 12.00

1010 Wien, Werdertorgasse 9
wohnungsservice@wbv-gpa.at
Tel.: 01/ 533 34 14
www.wbv-gpa.at

AKTUELLE TOP CARD ANGEBOTE

für Mitglieder



URLAUBSBOX

Schenken oder selbst verreisen: Urlaubsbox gibt es zu allen Themen – von Wellness bis zu Städtrips – und für jedes Budget.



-15 %

IQ TANKKARTE

Du erhältst als GPA-Mitglied im gesamten IQ Card-Tankstellennetz:

- 10 % auf Autowäsche
- Wochenpreis auf Diesel und Benzin:



3 - 4 Cent/Liter Ermäßigung

3SPEZIAL-BONUS XL

Zu jeder Neuanmeldung eines aktuellen Sprach- und Internet-tarifs mit Gerät und 24-Monatsbindung:

- 15 % auf die monatliche Grundgebühr
- Keine Aktivierungsgebühr
- Keine Servicepauschale



-15 %

MAGENTA

- Bis zu -20 % Rabatt auf die reguläre Grundgebühr des jeweiligen Tarifs.
- Keine Aktivierungsgebühr von € 69,99
- Alle Geräte ohne SIM Lock
- 3 Zusatzanmeldungen pro Mitglied



-20%

WELLCARD

Der beliebteste Wellnessgutschein für MEHR schöne Momente im Leben! Gültig für über 500 Top Thermen, Day Spa's und Wellnesshotels.



-10 %

VIELE WEITERE TOP CARD-ANGEBOTE FÜR MITGLIEDER



Ein Ersuchen des Verlages an den:die Briefträger:in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue bzw. richtige Anschrift mit:

Grund

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank!